



E-Mail

Medien Stadt Luzern

Beistandschaft: Stadt führt Stelle für private Beistände definitiv ein

Medienmitteilung

Sperrfrist: Montag, 23. April 2018, 11 Uhr

Luzern, 23. April 2018

Der Stadtrat will die «Fachstelle für private Beistandspersonen» definitiv einführen. Diese wird seit drei Jahren als Pilotprojekt geführt. Die Fachstelle verfolgt das Ziel, Privatpersonen zu motivieren, sich freiwillig als Beiständin beziehungsweise als Beistand zu engagieren – mit Erfolg.

In der Stadt Luzern sind 177 private Beiständinnen und Beistände tätig. Sie unterstützen freiwillig Menschen, welche mit den Aufgaben des täglichen Lebens nicht mehr zurechtkommen und deshalb eine Beistandschaft benötigen. Die privaten Beistandspersonen gehen beispielsweise mit zum Arzt, erledigen Administratives wie die Korrespondenz mit der Krankenkasse oder das Bezahlen von Rechnungen, und sie verbringen Zeit mit ihren Klientinnen und Klienten.

Die Beistandspersonen werden in der Stadt Luzern von der «Fachstelle für private Beistandspersonen» begleitet. Die Fachstelle wurde 2014 als Pilotprojekt eingeführt. Der Stadtrat stellte damals fest, dass nur rund zehn Prozent der Beistandschaften bei Erwachsenen von Privaten geführt werden¹. Gleichzeitig sah das auf Januar 2013 in Kraft getretene neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht explizit vor, dass Privatpersonen Beistandschaften übernehmen sollen, dies unter professioneller Begleitung. Der Stadtrat beauftragte die Abteilung Soziale Dienste, eine Fachstelle für private Beistandspersonen aufzubauen. Ziel: Private Beiständinnen und Beistände gewinnen, welche einfachere Mandate ausführen können und sie dafür zu schulen und zu begleiten. Der Stadtrat wollte damit nicht nur die Freiwilligenarbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement stärken, sondern auch Berufsbeiständinnen und -beistände entlasten. Und nicht zuletzt sollten

¹ Mandate für Kinder- und Jugendliche werden ausschliesslich von Berufsbeiständinnen und Berufsbeiständen des Kinder- und Jugendschutzes (KJS) geführt. Bei Kindern und Jugendlichen sind die Aufgaben und Vorgehensweisen in der Regel komplexer, aufwendiger und anspruchsvoller und müssen deshalb von ausgebildeten Sozialarbeitenden bearbeitet werden.

Private, die mit einfacheren Mandaten beauftragt sind, Zeit für soziale Kontakte mit ihren Klienten und Klientinnen investieren können – Zeit, welche den Berufsbeiständinnen und Berufsbeiständen oft fehlt, weil sie mit vielen komplexen Fällen beschäftigt sind. Ein Berufsbeistand beziehungsweise eine Berufsbeiständin bei den Sozialen Diensten führt in einem 100-Prozent-Arbeitspensum im Schnitt 90 Mandate. «Private Beistandspersonen sind gut ausgebildete Freiwillige, die sich für hilfsbedürftige Menschen engagieren. Davon profitieren alle: Die verbeiständeten Personen, weil ihre Beistände mehr Zeit für soziale Kontakte haben und Beistandspersonen, weil sie sinnvolle Freiwilligenarbeit leisten können», sagt Stadtrat Martin Merki. Zudem verringern die privaten Beiständinnen und Beistände die Distanz zwischen den Behörden und unserer Gesellschaft.»

Fachstelle zeigt Wirkung

Nach vierjähriger Projektphase ist der Stadtrat überzeugt, dass die Fachstelle ein wichtiges und notwendiges Angebot ist. Und zwar sowohl für die verbeiständeten Personen, wie auch für Menschen, die anspruchsvolle Freiwilligenarbeit leisten möchten. «Die Projektphase hat gezeigt, dass die gewünschte Wirkung erzielt werden konnte», sagt Stefan Liemdb, Leiter der Sozialen Dienste. Die Zahl der privaten Beistandschaften stieg um 56 Prozent auf 169 Mandate. Somit werden rund 14 Prozent aller Beistandschaften von Privatpersonen geführt. Berufsbeistände wurden entlastet und ihr Fallzuwachs gemindert: In den vergangenen drei Jahren betreuten die Berufsbeistandspersonen zwischen 1043 und 1049 Fälle pro Jahr, ohne Fachstelle wären es rund 1100 Fälle gewesen. Dies erlaubte der Stadt, entsprechende Einsparungen zu erzielen, weil Privatpersonen einfache Beistandschaften kostengünstiger ausführen können – private Beistände erhalten die Hälfte ihrer eingesetzten Zeit vergütet.

Der Stadtrat beantragt deshalb dem Parlament die definitive Einführung der Fachstelle für private Beistandspersonen. Die personelle Besetzung soll wie bisher bei 110 Stellenprozent liegen und beinhaltet die Fachstellenleiterin mit einem Arbeitspensum vom 60 Prozent und eine Fachbearbeiterin mit einem Pensum von 50 Prozent. Die definitive Einführung zieht Kosten von jährlich 136'200 Franken nach sich, davon sind 126'200 Franken Lohn- und 10'000 Franken Sachkosten, beispielsweise für die Durchführung von Schulungen.

Weitere Auskünfte erteilen Ihnen:

Sozial- und Sicherheitsdirektion (SOSID)

Stadtrat Martin Merki, Sozial- und Sicherheitsdirektor

Telefon: 041 208 81 32

E-Mail: sosid@stadtluzern.ch

Erreichbar: Montag, 23. April 2018, 14 bis 15 Uhr

Stefan Liemdb, Leiter Soziale Dienste

Telefon: 041 208 72 40

E-Mail: stefan.liemdb@stadtluzern.ch

Erreichbar: Montag, 23. April 2018, 12.30 bis 13.30 Uhr